

Entwurf des Wahlprogramms 2010 - FDP Nordrhein-Westfalen

Auszug zur Gesundheitspolitik

S. 65 – 67

Gesundheit

Alle Menschen müssen im Krankheitsfall eine **qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung** erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben können, und zwar unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko und ihrem Alter. Dazu zählen Gesundheitsförderung und Prävention ebenso wie die Behandlung von Krankheiten bis hin zur Rehabilitation zur Vermeidung von Behinderungen.

Aufgrund des wachsenden Anteils älterer Menschen und des sinkenden Anteils von Jüngeren in unserer Gesellschaft ist es für eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik unumgänglich, die gesetzliche Krankenversicherung auf eine neue finanzielle und organisatorische Grundlage zu stellen. Nur so kann die Qualität der gesundheitlichen Versorgung erhalten und weiter verbessert werden. Die FDP in NRW setzt sich auf Bundesebene für eine **zukunftssichere Neugestaltung der Krankenversicherung** ein. Die Beiträge der Arbeitnehmer sollen nicht mehr an die Löhne gekoppelt werden, sondern alle Bürgerinnen und Bürger sind gemäß ihrer tatsächlichen materiellen Leistungsfähigkeit und unabhängig von der Art ihrer Krankenversicherung an den Gesundheitskosten zu beteiligen. Der solidarische Ausgleich zwischen Arm und Reich bleibt erhalten, er erfolgt nur nicht mehr innerhalb der Sozialversicherung selbst, sondern über Steuermittel.

Im ambulanten Bereich engagiert sich die FDP für die Sicherstellung der **wohnortnahen Versorgung** mit Haus- und Fachärzten sowie dem ambulanten ärztlichen Notfalldienst. Mit dem "Aktionsprogramm hausärztliche Versorgung" hat das Land auf den drohenden Hausärztemangel reagiert und konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. Wir wollen uns auch künftig dafür einsetzen, dass die Ziele des Landesprogramms erreicht und verstetigt werden, damit gerade im ländlichen Bereich der drohende Ärztemangel vermieden wird und vor allem unsere älteren und immobilen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf ein verlässliches Gesundheitsangebot vertrauen können.

Wir wollen im **Krankenhausbereich** eine **größere Angebotsvielfalt und bessere Kooperationen** zwischen den Häusern. Das Ziel ist eine quantitativ und qualitativ angemessene Versorgung mit stationären Leistungen für ganz NRW und insbesondere die Sicherung der Notfallversorgung. Das Krankenhausgestaltungsgesetz NRW liefert dafür eine gute Grundlage. Um die Patientenautonomie zu verbessern, wurde auf Initiative der FDP die **Qualitätssicherung erhöht** und die Leistungstransparenz in den Häusern gesetzlich verankert. Darüber hinaus wollen wir die Mutter-Kind-Behandlungsangebote ausbauen.

Für die Patienten will die FDP mehr Informationen, mehr Beratung und **mehr Transparenz über Angebote und Leistungen** erreichen. Es geht uns darum, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Fürsorge so auszubalancieren, dass Bevormundung und Überforderung gleichermaßen vermieden werden. Die Leistungen des Staates können jedoch die spontane Hilfe im Familien- und Freundeskreis nur ergänzen, nicht ersetzen. Nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte wollen wir auch das soziale Engagement von pflegenden Angehörigen stärker als bisher würdigen.

Gesundheitsförderung und Prävention in jedem Lebensalter müssen besonders unterstützt werden. Die FDP setzt dabei auf einen gesamtgesellschaftlichen Lösungsansatz zwischen den Kommunen, dem Land, dem Bund, den Kostenträgern und Leistungserbringern sowie den Kindergärten und Schulen.

Es ist uns wichtig, dass auch die Betroffenen selbst einbezogen werden, um eine zielgruppengenaue Ansprache zu erreichen. Dialogorientierte Angebote der Gesundheitsbildung wollen wir ausbauen. Ein wichtiges Ziel ist die Reduzierung der Säuglingssterblichkeit durch bessere Aufklärung sowie die frühzeitige Information der Jugendlichen über Geschlechtskrankheiten und deren Vermeidung. Darüber hinaus sehen wir die Verhinderung von Pflegebedürftigkeit durch präventive Maßnahmen als ein zentrales Anliegen der kommenden Jahre.

Bei der **Versorgung von psychisch kranken Menschen** im Bereich der stationären und teilstationären Angebote haben wir in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen erreicht. Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie konnten Versorgungslücken geschlossen werden. Die FDP hat sich außerdem besonders dafür eingesetzt, dass der Prävention, vor allem der Früherkennung, eine wachsende Rolle zukommt. Wir wollen auch zukünftig erreichen, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen eine qualitativ bessere und wohnortnahe Versorgung zur Verfügung steht. Wir sprechen uns ausdrücklich gegen jede Form der Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch kranker Menschen aus. Zwangsmaßnahmen stellen einen erheblichen Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte dar. Sie sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Die FDP will den Einsatz der mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz neu geschaffenen **Transplantationsbeauftragten** in Krankenhäusern prüfen.

Wir wollen eine **liberale Sucht- und Drogenpolitik** für NRW, in deren Mittelpunkt die ursachenbezogene Prävention und ein stigmatisierungsfreies Behandlungsangebot stehen. Auf eine Verbotskultur und die Entmündigung von Bürgerinnen und Bürgern ist zu verzichten. Das auf Initiative der FDP erfolgreich gestartete Landesprogramm "Stark statt breit" zur Prävention der Cannabis-Sucht wollen wir fortsetzen. Besonders wichtig sind uns zudem präventive Hilfen und bessere Behandlungsmöglichkeiten für Jugendliche mit Alkoholproblemen sowie für die wachsende Gruppe der Männer zwischen 20 und 59. Wir setzen außerdem auf Strategien zur Vermeidung alkoholbedingter Schädigungen ungeborener Kinder. Zu diesem Zweck sollten auch neue niedrigschwellige Methoden, wie etwa eine "Drogenberatung online", modellhaft erprobt werden.

Für die FDP ist die Prävention von HIV und AIDS ein zentrales Anliegen im Bereich der Prävention. Die Strategien müssen sich noch stärker als bisher auf die besonders gefährdeten Zielgruppen – d.h. vor allem auf homosexuelle Männer – konzentrieren. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Menschen mit HIV und AIDS niemals das Opfer von Diskriminierungen werden, zum Beispiel am Arbeitsplatz. Wir fordern die uneingeschränkte Solidarität mit den Betroffenen in allen Lebensbereichen.

Die FDP will dazu beitragen, dass durch den **Gesundheitscampus NRW** im Ruhrgebiet der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis und dadurch die Versorgungsqualität insgesamt verbessert werden. Es geht dabei beispielsweise um Krebsforschung, aber auch um Erkrankungen wie Alzheimer und Parkinson, sowie um Dienstleistungen und Produkte, die das tägliche Leben älterer Menschen in der eigenen Wohnung unterstützen. Zudem möchten wir die Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch durch internationale Kontaktpflege und Kooperationen weiter stärken.

Die FDP in NRW befürwortet den Aufbau einer modernen und funktionsfähigen **Telematikinfrastruktur** im Gesundheitswesen. Damit können die Versorgung und die Behandlungsabläufe für die Patienten verbessert werden. Zentrale Voraussetzungen für dieses Projekt sind jedoch die Praktikabilität in der Anwendung, ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis sowie die Sicherheit der sensiblen Gesundheitsdaten.

Bis diese Voraussetzungen nachweisbar erfüllt sind, darf die Weiterentwicklung der Krankenversichertenkarte zur elektronischen Gesundheitskarte nur im Rahmen eines sicheren Versichertendatenmanagements erfolgen, bei dem neben den Personalien lediglich die im Notfall benötigten Daten gespeichert werden und eine sichere Telematikinfrastruktur zwischen den Leistungserbringern gewährleistet ist. Alle weiteren medizinischen Anwendungen werden solange mit einem unbefristeten Moratorium belegt bis hinreichende Erkenntnisse aus den laufenden Modellvorhaben vorliegen.

Hospizdienste sowie Leistungen der Palliativmedizin und Palliativpflege für schwerkranke, sterbende Menschen, die ein **würdevolles und selbstbestimmtes Leben bis zuletzt** ermöglichen, sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil eines guten gesundheitlichen Angebots, das wir ausbauen und qualitativ weiterentwickeln wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Erkrankung diskriminiert wird. Das gilt vor allem für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie für Menschen mit HIV und AIDS. Unser Ziel ist, einer größeren Zahl von Sterbenden die letzte Lebenszeit in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen. Wir wollen die Informationsangebote über die **Vorsorgevollmacht** und die **Patientenverfügung** ausbauen und auf diese Weise die Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen stärken.

Quelle: http://www.fdp-nrw.de/files/1067/Entwurf_Landtagswahlprogramm_2010.pdf